

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/242

17. Dezember 1976

Dank an Walter Arendt

Weiter unermüdlich im Dienst der sozialen Demokratie

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-
lands

Seite 1 und 1a / 52 Zeilen

Ein schwieriger, aber verlässlicher Partner

Zum 70. Geburtstag von Leonid Iljitsch Breschnew

Von Egon Bahr MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Seite 2 und 3 / 60 Zeilen

Ein zu schwaches Kaliber

Beherrschende Kraft der C-Parteien bleibt Strauß

Seite 4 / 36 Zeilen

Die Bundeswehr hat schon ihre eigene Tradition

Zur Rolle der Streitkräfte im demokratischen Staat

Von Erwin Horn MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 5 bis 7 / 109 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-13, 5300 Bonn 12
Postfach: 150 408
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 33/33
Telefax: 08 66 946-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 109-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Dank an Walter Arendt

Weiter unermüdlich im Dienst der sozialen Demokratie

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Walter Arendts Entscheidung, nicht wieder in das neue Bundeskabinett einzutreten, ist für viele schmerzlich: für uns Sozialdemokraten, für Gewerkschafter, vor allem aber für die, in deren Dienst er seine ganze Kraft gestellt hat - die Arbeitnehmer, zumal die sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft. Sein Nachfolger im Amt hat es nicht nur der objektiv schwierigen Aufgaben wegen schwer, er hat auch ein verpflichtendes Erbe angetreten und verdient deshalb unsere besondere Unterstützung.

Walter Arendt ist im besten Wortsinn Kumpel geblieben. Der Arbeiter an der Ruhr, der er selbst war und für den er in gewerkschaftlicher Verantwortung vorbildlich gewirkt hat, war und ist für ihn ein lebendiger Maßstab auch in der politischen Arbeit.

Sein Name ist verbunden mit großen Reformwerken, die die soziale Landschaft nachhaltig geprägt haben. Für ihn ist Mitwirkung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer im Betrieb und Unternehmen kein Schlagwort. Denn er wußte aus der Zeit der Strukturkrise im Kohlebergbau, wie hart und existenzentscheidend wirtschaftliche Entscheidungen die Arbeitnehmer treffen können. Die paritätische Montanmitbestimmung war das Instrument, mit dem die Interessen der dort beschäftigten Arbeitnehmer - soweit es die strukturelle Entwicklung zuließ - gewahrt werden konnten. Aus dieser Erfahrung wuchs sein zentrales Anliegen: Die Ausweitung der Mitbestimmung über den Montanbereich hinaus. Betriebsverfassung, Personalvertretung und die Ausweitung der Mitbestimmung in Großunternehmen haben uns der Erfüllung des Auftrages zum Ausbau des Sozialstaates gewichtige Schritte nähergebracht, auch wenn wir wissen, daß gerade Walter Arendt die gefundene Lösung nur als bedingt befriedigend empfunden hat.

Ein zweites großes Werk, das er begonnen und vorangetrieben hat, ist die Humanisierung des Arbeitslebens. Aus dem Bewußtsein heraus, daß Arbeit Teil der Selbsterfüllung des Menschen ist, folgt logisch die Konsequenz zur

Schaffung menschenwürdiger Bedingungen auch am Arbeitsplatz. Das Ergebnis dieser Arbeit Walter Arendts sind heute einheitliche und höhere Anforderungen an Arbeitsstätten, bessere Vorschriften für die Ausgestaltung von Gemeinschaftsräumen, Betriebsärzte und Sicherheitsfachleute in immer mehr Betrieben und ein wirksamerer Jugendarbeiterschutz.

In der Politik der aktiven Solidarität mit den sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft ist der Name Walter Arendt mit dem Aktionsprogramm zur Rehabilitation und einem fortschrittlichen Behindertenrecht verbunden. Unseren behinderten Mitbürgern ist die Eingliederung in Gesellschaft und Arbeitswelt wesentlich erleichtert oder gar erst ermöglicht worden.

Marksteine in der Sozialversicherungspolitik hat er mit der Dynamisierung der Kriegsopferversorgung, der Einführung der flexiblen Altersgrenze und der Renten nach Mindesteinkommen gesetzt. Unsere Älteren Mitbürger insgesamt werden nicht vergessen, daß es die Amtsperiode Walter Arendts gewesen ist, in der ihre Lebensbedingungen entscheidend verbessert worden sind. Walter Arendts Arbeit hat insgesamt Spuren in unserer Gesellschaft hinterlassen, die nicht mehr zu tilgen sind. Nicht nur wir Sozialdemokraten schulden ihm Dank und Respekt - Respekt auch für seine Entscheidung vom Mittwoch. Er hat dies getan, weil er sich wundgeschauert hatte und weil es ihm nahe ging, daß ihm unterstellt wurde, er klebe an seinem Sessel.

Ich bin sicher: Walter Arendt wird an führender Stelle unserer Partei - und an der Seite seines Nachfolgers im Amt - unverdrossen daran weiterarbeiten, daß die soziale Demokratie in unserem Land vorangebracht wird. Wir Sozialdemokraten können und dürfen auf seine aktive Mitarbeit rechnen.

(-/17.12.1976/vd/pr)

+ + +

Ein schwieriger, aber verlässlicher Partner

Zum 70. Geburtstag von Leonid Iljitsch Breschnjew

Von Egon Bahr MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Daß der Bundeskanzler und der Parteivorsitzende der SPD dem Generalsekretär der KPdSU Glückwünsche zu einem runden Geburtstag übermitteln, wäre vor zehn Jahren undenkbar gewesen. Dies ist ein kleines Zeichen für die Änderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, die mit dem Vertrag vom 12. August 1970 begonnen haben. Die Glückwünsche gelten einem Mann, der diese Entwicklung auf sowjetischer Seite bestimmt hat.

Der Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland ist der erste wichtige Schritt in einer Politik der Kooperation mit westlichen Ländern gewesen, die das Siegel des Generalsekretärs trägt. Das ist ein Grund, weshalb das Verhältnis zwischen unserem Staat und der Sowjetunion eine besondere Bedeutung erhalten hat und im Positiven wie im Negativen behalten wird.

Der Name Leonid Iljitsch Breschnjew steht in diesen sechs Jahren für eine Politik der Zusammenarbeit mit westlichen Ländern, um den Frieden sicherer zu machen; mit den Vereinigten Staaten, um die Gefahr eines nuklearen Zusammenstoßes unter Kontrolle zu bringen, um das Wettrüsten auf dem Gebiete der strategischen Waffen zu dämpfen. Sein Name ist verbunden mit der Konferenz von Helsinki und einem Schlußdokument, das trotz allem was nicht eingetreten ist, einen Maßstab für das geschaffen hat, was in Europa jeweils erreicht ist gemessen an dem in Helsinki gesetzten Ziel: das Bemühen um Entspannung durch Entspannung zu ersetzen. Dabei darf es auf längere Sicht keine Rolle spielen, welchem Bündnissystem die einzelnen Staaten angehören oder ob es sich um Neutrale handelt.

Das Bemühen um eine Reduktion von Truppen und Rüstungen in dem Raum Mitteleuropas, in dem die größte Zerstörungskraft versammelt ist, die es

dort je gegeben hat, ist ein ebenso unentbehrlicher und zwingender Teil jener Politik, auch wenn ihr auf diesem Gebiet bisher kein Durchbruch gelungen ist.

Das Viermächte-Abkommen wäre ebenfalls ohne das persönliche Engagement Breschnjews nicht zustande gekommen. Bei allen noch immer vorhandenen Schwierigkeiten darf nicht übersehen werden, welche grundlegende Verbesserungen in der Situation der drei Westsektoren insbesondere auf den Transitstrecken eingetreten sind. Gerade an diesem Punkt wird offensichtlich, daß die Politik der Entspannung mit den für sie geschaffenen Rahmenabkommen einen Prozeß verlangen, dem das volle Engagement der Beteiligten erhalten bleiben muß, um durch die Routine des Alltags und der praktischen Anwendung Anfälligkeiten zu reduzieren.

Natürlich und legitimerweise handelt und verhandelt der Generalsekretär entsprechend den Interessen seines Landes und seiner Verbündeten; er ist ein schwieriger und angenehmer Verhandlungspartner zugleich. Die schwierige Seite braucht nicht erklärt zu werden; die angenehme ergibt sich, weil es sich um einen starken Mann handelt. Mit solchen Männern zu verhandeln ist kompliziert, aber die Ergebnisse sind verlässlich - und Zuverlässigkeit in den staatlichen wie persönlichen Beziehungen ist eine unentbehrliche Basis zur Regelung der noch vor uns liegenden Probleme. Für die Bundesrepublik Deutschland hat sich Breschnjew als schwieriger, aber verlässlicher Partner erwiesen.

In den Vereinigten Staaten, in Frankreich, in Großbritannien, in Peking, bei uns und in vielen anderen Staaten hat es in den letzten sechs Jahren Wechsel an der staatlichen Spitze gegeben. Die Stabilität in der sowjetischen Führung ist ein wichtiges Element für den Weltfrieden geblieben. Das ist ein Verdienst Breschnjews, zumal es ihm vielleicht nicht immer leicht gefallen ist, diesen Kurs zu verfolgen, auch wenn das sowjetische System uns solche Einblicke verwehrt, wie wir sie in einer offenen Gesellschaft gewöhnt sind.

Es spielt vor diesem Hintergrund eine untergeordnete Rolle, daß uns vom Generalsekretär der KPdSU die Meinungsunterschiede trennen, die historisch zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gewachsen sind, solange beide Seiten mit Zielbewußtsein und ohne sich irre machen zu lassen an dem Ziel weiterarbeiten, den Frieden in unserem Teil der Welt unzerbrechbar zu machen. Den Rest muß die Geschichte beantworten. (-/17.12.1976/va/pr)

Ein zu schwaches Kaliber

Beherrschende Kraft der C-Parteien bleibt Strauß

Nach dem Einstand, den der neue CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Kohl am Freitag im Bundestag gab, steht immerhin eines fest: Die beherrschende Kraft im Lager der C-Parteien wird bis auf weiteres Franz Josef Strauß mit seiner Hauemacht bleiben.

Was Kohl im einleitenden Teil seiner Rede zur Rolle der parlamentarischen Opposition erklärte, hätte in jede einschlägige Schulfunksendung gepaßt. Natürlich ist dagegen nichts einzuwenden, und die Berufung auf das Oppositionsverständnis Kurt Schumachers - so sie mehr als Floskel war - ehrt ihn. Außerdem sei nicht übersehen, daß er überhaupt als erster Spitzenpolitiker der Union klar bekannte, die Funktion der Opposition annehmen zu wollen. Bisher war aus seinem Lager ja immer nur ein Lamento darüber zu hören gewesen, daß CDU und CSU doch eigentlich an der Macht sein müßten.

Die Opposition sei die "Kontrolle und Alternative der Regierung" und ein "Kennzeichen lebendiger Demokratie", betonte Dr. Kohl im Parlament. Damit hat er völlig recht. Aber leider folgten diesen Ausführungen des "Generalisten" nichts darüber, wie er die große Aufgabe, eine Alternative zur Regierung zu bieten, bewältigen will. Auch der Hinweis, daß die eigentliche Sachdebatte über die Regierungserklärung Bundeskanzler Helmut Schmidts erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden kann nicht Allgemeinplätze entschuldigen wie: Bildung und Ausbildung muß junge Leute in den Stand setzen, ihr Leben selbst zu gestalten; Frauen und Männern muß für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt werden; wer für soziale Marktwirtschaft ist, muß auch für Vermögensbildung sein; daß wir die niedrigste Geburtenrate haben, hat auch politische Gründe.

Es klingt etwas verblüffend, in diesem Zusammenhang den Vorwurf an den Kanzler zu hören, seiner Politik fehle die "tiefere Dimension" und zur politischen Führung bedürfe es allemal des Fundaments geistiger Führung. Wenn man unterstellt, Helmut Kohl meinte es ernst mit einer im parlamentarischen Sinne konstruktiven Opposition, so kann man ihm nur wünschen, sich vom konturenlosen "Generalisten" möglichst rasch zum qualifizierten, durchsetzungsfähigen Sachkenner zu entwickeln.

Dann so schwach gerüstet, wie er sich bei seiner Jungfernzrede dem Bundestag präsentierte, wird er sich nicht gegenüber der Straußschen Konfrontationsstrategie behaupten können. So wird er allenfalls in einem taktischen Spiel mit Rollenteilung einen Platz haben. Ein solcher Part ist jedoch vom Wähler allzu leicht zu durchschauen.

Claus Preller
(-/17.12.1976/va/pr)

+ + +

Die Bundeswehr hat schon ihre eigene Tradition

Zur Rolle der Streitkräfte im demokratischen Staat

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Die Diskussion um die Entlassung der Bundeswehrgenerale Krupinski und Franke geht weiter, denn dieses Thema ist von so grundsätzlicher Bedeutung, daß es gerade von Sozialdemokraten ohne Ressentiments, aber offensiv behandelt werden muß: im Interesse unserer demokratischen Staatsverfassung und damit auch im Interesse der Bundeswehr als einer Armee im demokratischen Staat.

Die Wehrverfassung von 1956 stellt zwei unabdingbare Prinzipien fest:

1/ Primat der politischen Führung/ Oberbefehlshaber der Bundeswehr ist in Friedenszeiten der Bundesverteidigungsminister, im Kriegszustand der Bundeskanzler; d.h. Oberbefehlshaber der Bundeswehr ist unter allen denkbaren Bedingungen ein demokratisch legitimierter Politiker. Er trägt die höchste Verantwortung. Die Bundeswehr ist Instrument der politischen Führung zur Erhaltung und Sicherung des Friedens und zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland.

Die parlamentarische Kontrolle der Bundeswehr ist in dreifacher Hinsicht gesichert: durch das Parlament als unmittelbarer Gesetzgeber, durch den Verteidigungsausschuß, der verfassungsgemäß verankert ist und besondere Rechte besitzt. Er kann sich z.B. als einziger Ausschuß als Unterausschuss etablieren und durch den Wehrbeauftragten, der ein Organ des Parlaments ist, ausgestattet mit besonderen Rechten und Pflichten.

Diese Wehrverfassung von 1956 hat sich bewährt. Die Bundeswehr besitzt ein vergleichbar sehr gutes Bildungs- und Ausbildungssystem. Die Ausstattung an Waffen und Geräten ermöglicht ihr, den Auftrag in hinlänglicher Weise zu erfüllen. Das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft ist selbstverständlicher und damit besser als in den vergleichbaren Armeen der Welt. Diese Erfolge verdanken wir in erster Linie den zwei sozialdemokratischen Verteidigungsministern Helmut Schmidt und Georg Leber. Die Soldaten der Bundeswehr haben sich in einem bisher nicht gekannten Maße die Achtung und das Vertrauen bei unseren Verbündeten und bei den Bürgern im eigenen Land erworben.

Diese verfassungsmäßigen Grundlagen und die politischen, positiven Ergebnisse dürfen durch Überschreitung der Zuständigkeitsbereiche zwischen militärischer und politischer Führung und durch die Verwischung der Grenzen zwischen dem Parlament und einem bedeutsamen Bereich der Exekutive nicht in

Frage gestellt werden. Die Bundeswehr verfügt über Waffen; deshalb darf ihr nicht mit unbewiesenem Vorurteil begegnet werden, aber sie untersteht besonderer parlamentarischer Kontrolle, und dies gerade liegt im Sinne der Soldaten in einer Demokratie. Die im Zusammenhang mit dem Fall Rudel gefallene Aussage eines Generals ist ein frontaler Angriff auf ein Verfassungsorgan, wie es sich bisher in der über 20jährigen Geschichte der Bundeswehr noch nicht ereignet hat. Wer Parallelen zwischen einem mit großer Mehrheit in den Deutschen Bundestag gewählten Demokraten wie Herbert Wehner und einem unbesserlichen Nationalsozialisten wie Rudel zieht, der provoziert die Frage, ob er das Verhältnis der Exekutive zur Legislative noch verfassungsgemäß versteht. Militärische Führung hat politische Wirkung innerhalb und außerhalb der Bundeswehr, und sie nimmt mit dem Befehlsbereich der Verantwortlichen zu. Ein Gefreiter, der an einer Maikundgebung in Uniform teilnimmt, wird bestraft. Und die Generale? "Die Bundeswehr erträgt keine Generale, denen politische Urteilsfähigkeit fehlt, oder die ein gestörtes Verhältnis zu unserem Verfassungsstaat und damit ein gestörtes Verhältnis zum Verfassungsauftrag der Bundeswehr haben", hatte Bundesverteidigungsminister Georg Leber zu Recht festgestellt.

Drei Ergebnisse um die Entlassung der Generale Krupinski und Franke sind festzuhalten:

1/ Die öffentliche Auseinandersetzung, besonders die Reaktion der konservativen Presse und Meinungsmedien und der CDU und CSU zeigen, daß die Bundeswehr für sie noch kein selbstverständlicher Bestandteil unserer Gesellschaft ist. So paradox es klingen mag: Gerade die konservativen Äußerungen beweisen, daß sie der Bundeswehr keinen angemessenen Platz in unserer Gesellschaft einräumen wollen. Ihre künstliche Aufregung zeigt, daß sie im Grunde genommen gegenüber der Bundeswehr, oder besser gesagt den genannten Generalen, ein Ausnahmerecht statuieren wollen. Dies ist gefährlich in einem demokratischen Staat. Die Existenz der Bundeswehr hat ihre Grundlage in der Zustimmung der Mehrheit unserer Bürger. Auch scheinbar positives Ausnahmerecht schlägt auf den Betroffenen zurück, weil er damit aus der Gemeinschaft der Bürger herausgedrängt wird. Die Soldaten sind weder die Parias noch die Elite der Gesellschaft.

2/ Die Oppositionsparteien im Bundestag sind der vordergründigen Versuchung erlegen, Parteipolitik vor Staatspolitik zu setzen. Der Frontalangriff auf ein Verfassungsorgan hätte eine eindeutige Antwort aller Demokraten im deutschen Parlament herausgefordert. Aber wer die Rolle von Franz Josef Strauß im Umgang mit eigenen Parteifreunden registriert, den kann es nicht verwundern, daß diese Leute Staat, Verfassung und die darin eingebundene Bundeswehr weniger interessiert, als ein kurzfristiger parteipolitischer Vorteil. Die von ihnen so oft beschworene Solidarität der Demokraten wurde der parteitaktischen Opportunität geopfert. Die Verhaltensweise des ehem. CDU-Kandidaten für das Amt des Verteidigungsministers, Dr. Wörner, ist kaum zu unterbreiten. Er bezeugt Rudel seinen "hohen Respekt vor der herausragenden Tapferkeit und der vorbildlichen soldatischen Haltung". Er beklagt in einem Aufsatz

Über "das sicherheitspolitische Konzept der Union" den Wertneutralismus in unserem Erziehungssystem und fordert: "Wir dürfen uns nicht scheuen, Vergleiche zu ziehen zwischen Demokratie und Diktatur, aus Angst, wir könnten den Entspannungsprozeß stören."

Nein, Wertneutralismus kennen Würner und seine Gesinnungsfreunde nicht; Nationalisten aller Schattierungen werden von ihnen zu Leitbildern für die Soldaten hochstilisiert zum Schaden der Bundeswehr selbst. Tapferkeit ist kein Wert an sich. Tapferkeit muß auch die Ziele einbeziehen, für die sie eingesetzt wird, oder sie entartet zur Landknechtamoral. Dies ist aber das exakte Gegenbild zum "Staatsbürger in Uniform". Es verstößt gegen die Grundsätze der inneren Führung und höhlt die Voraussetzungen aus, unter denen die Soldaten ihre Aufgabe erfüllen. Die Wertordnung, für die der Soldat gegebenenfalls bereit sein muß, nach dem Soldatengesetz sein Leben einzusetzen, muß von den Bürgern und den Soldaten der Bundeswehr gemeinsam erlebt und getragen werden. Wer dem zuwider handelt, zerstört die Grundlagen, auf denen die Bundeswehr aufgebaut wurde.

3/ Die Tradition der Bundeswehr darf sich nicht an unfreiheitlichen und damit falschen Leitbildern orientieren. Deshalb muß der bestehende Traditionserlaß vom 1. Juli 1965 neu überarbeitet werden. Die Ambivalenz dieses Erlasses kann die Anwesenheit eines Rudel und seiner Gesinnungsgenossen in den Garnisonen der Bundeswehr rechtfertigen und zugleich auch verbieten. Die Bundeswehr besteht seit über 20 Jahren. Sie kann mit mehr Selbstbewußtsein auf eigene gute Traditionen zurückgreifen und ist auch in der Lage, neue zeugende Traditionen zu entwickeln und zu gestalten.

Bundespräsident Prof. Dr. Heuß hatte am 12. März 1959 geschrieben: "Eine Tradition selbst zu schaffen ist viel schwieriger, aber auch großartiger, als sie in den Resten und Formen verjährter Gesinnung zu suchen und zu pflegen." Darüber nachzudenken innerhalb und außerhalb der Bundeswehr ist lohnenswert. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dafür zu arbeiten.
(-/17.12.1976/va/lo)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller